

## Gliederung

- 1.) Die aktuelle politische Realität in Nordirland: Der lange Weg zu stabilen Verhältnissen weg vom bewaffneten Konflikt
- 2.) Analyse der verschiedenen republikanischen Gruppierungen, der historischen Entwicklung und des Gesamtverlaufs der Politisierung der republikanischen Bewegung
  - I. Dogmatische, militärische und demokratische Traditionen – die Parteien und Paramilitärischen Flügel der republikanischen Bewegung
    - 1.1 Sinn Fein als Ausgangslage der irischen Parteien: Fianna Fail, Fine Gail; IRA
    - 1.2 Abspaltungen ab 1969: Provisional IRA, Official IRA, IRSP, INLA, RSF, CIRA, SDLP
  - II. Die große Wende von den 80er Jahren bis 1998 – Zeit für Realismus
    - a. Die Situation der republikanischen Bewegung anfangs der 80er Jahre
    - b. Das Anglo-Irish Agreement – erste politische Vereinbarungen
    - c. 1987: „A Scenario for Peace“ – der Anfang vom Wandel
    - d. „Towards a lasting Peace“ – konkrete Schritte im Annäherungsprozess
    - e. Die Downing Street Declaration – Wegbereiter für Verhandlungen
    - f. Das Good Friday Agreement – der glückliche Abschluss des Friedensprozesses
  - III. Allgemeine Erläuterungen und Erklärungsmuster zum Werdegang der IRA
    - a. Selbstverständnis der IRA
    - b. Die republikanische Bewegung zwischen Sozialismus und Nationalismus
    - c. Das „Phänomen“ der permanenten Wiederauferstehung
- 3.) Ausblick: die Konsolidierung Sinn Feins als politische Kraft ist geglückt

**1998**, kurz nach der Unterzeichnung des Karfreitagsabkommens und auch noch in den ersten Jahren danach waren die Hoffnungen innerhalb der Bevölkerung Nordirlands zwiespältig: zum einen wünschte man sich sehnlichst endlich einen dauerhaften Frieden, eine endgültige Beendigung aller kriegerischer Aktivitäten der paramilitärischen Untergrundorganisationen, die im Verlauf des Konflikts so viele Leben auch unschuldiger Zivilisten gefordert hatten. Noch zu Beginn des zweiten Jahrtausends war durch die ausbleibende Entwaffnung der IRA die Stimmung angespannt, betonte doch der damalige Generalsekretär von Sinn Fein, Mitchel McLaughlin, dass selbst eine symbolische Geste der Abrüstung die Führung der IRA destabilisieren und unvorhersehbare Konsequenzen haben könnte. Wie schnell diese Einschätzung in den letzten acht Jahren widerlegt wurde, ist umso erstaunlicher, wenn man die Hintergründe und Bedingungen kennt, die zur gegenwärtigen politischen Lage in Nordirland geführt haben.

Die Qualität der Auseinandersetzungen in Nordirland heute ist eine politische. Nach nunmehr zehn Jahren seit Unterzeichnung des Karfreitagsabkommens hat sich die Lage im ehemaligen Krisenherd an der Westflanke Europas stabilisiert, seit der endgültigen Entwaffnung der IRA im Jahre 2005 wohl tatsächlich dauerhaft. Eine Rückkehr zur Eskalation früherer Jahre, ein Wiederaufflammen der Gewalt, scheint undenkbar. Den wohl größten Anteil an dieser erfreulichen Entwicklung, neben der allgemeinen Gesprächsbereitschaft aller anderen Konfliktparteien natürlich, hat die Partei *Sinn Fein*. Der politische Arm der IRA, jahrzehntelang von untergeordneter Bedeutung zum bewaffneten Kampf, hat es unter der Führung Gerry Adams' geschafft, die gesamte republikanische Bewegung eine erfolgreiche Politisierung durchlaufen zu lassen, die in der konstitutionellen Beteiligung in den Institutionen eines Nordirland endete, das immer noch zu Großbritannien gehört. Eine Umkehr zur alten paramilitärischen Gewalt ist so gut wie ausgeschlossen.

Bis zu diesem Punkt hat die republikanische Bewegung insgesamt, allen voran aber ihr Hauptvertreter, die Irisch-Republikanische Armee (IRA), einen langen, blutigen und auch verworrenen Weg zurückgelegt. Rückblickend lässt sich eine Zeitspanne abgrenzen, in der die Weichen für diesen konstitutionellen Erfolg gestellt und die Entwicklung hin zu einer Politisierung der IRA eingeleitet wurden: ab den 1980er Jahren beginnt sich zunehmend ein Richtungswechsel in der strategischen Führung der IRA durchzusetzen, der über das Anglo-Irischen Abkommen von 1985, in dem die zukünftigen Verhandlungsgrundlagen festgelegt wurden, und über die Aufnahme von ernsthaften Friedensgesprächen Anfang der 90er Jahre hin zu deren erfolgreichem Abschluss führt, markiert durch das Unterzeichnen des Good Friday Agreements, des Karfreitagsabkommens am 10. April 1998.

In der folgenden Arbeit soll untersucht werden, wie die ausschlaggebende Entwicklung die republikanische Bewegung innerhalb der oben genannten Zeitspanne verlaufen ist, die zu einem friedlichen Ende der „*Troubles*“ geführt hat und, darauf aufbauend, was zu den radikalen

Änderungen innerhalb der republikanischen Bewegung geführt hat, die letztendlich zur Abkehr vom bewaffneten Kampf führten. Dabei sollen zunächst die verschiedenen Organisationen (paramilitärische wie politische) und deren Entstehungswege kurz untersucht werden. Anschließend werden die politischen Ereignisse und ihre Ergebnisse von 1985 bis 1998 nachgezeichnet. Zuletzt soll ein allgemeiner zusammenfassender Überblick über die republikanische Bewegung gegeben werden und, ausgehend von den beiden vorangegangenen Kapiteln, mögliche Thesen erläutert werden, die zu deren erfolgreicher Politisierung und damit Befriedung geführt haben.

#### IV. Dogmatische, militärische und demokratische Traditionen – die Parteien und Paramilitärischen Flügel der republikanischen Bewegung

Die moderne irisch-republikanische Bewegung, die sich seit Beginn des 20. Jahrhunderts herausgebildet hat, war nie eine einheitliche und gemeinschaftlich agierende Organisation. Zwar blieb das große übergeordnete Ziel bei den sich immer wieder spaltenden Gruppierungen stets dasselbe – nämlich die territoriale und gesellschaftliche Wiedervereinigung von Nord- und Südirland - die ideologischen Grundlagen und damit auch die Ansichten über den „richtigen“ Weg zur Erreichung dieses Ziels differierten (und differieren auch heute noch) stark voneinander.<sup>1</sup>

Zunächst muss herausgestellt werden, dass die Partei *Sinn Fein* („Wir selbst“) die Grundlage aller politischen Akteure in Irland darstellt. Damit ist gemeint, dass aus der 1905 von dem irischen Nationalisten Arthur Griffith ins Leben gerufenen politischen Vereinigung nicht nur die IRA hervorgegangen ist (die tatsächlich deren paramilitärischer Parteiarm war), sondern ebenfalls die beiden immer noch dominierenden großen konservativ-katholischen Parteien der heutigen Republik Irland, nämlich *Fine Gael* und *Fianna Fail*, die seitdem die Regierungen in Dublin stellen und deren Gründer (u.a. Eamon de Valera, der langjährige Ministerpräsident der Republik Irland) auch in der IRA aktiv waren. Während im Süden allerdings die IRA bald nicht nur an Bedeutung gegenüber den politischen Akteuren verlor,<sup>2</sup> sondern nach dem anglo-irischen Unabhängigkeitskrieg (1919-21) und dem darauffolgenden Bürgerkrieg (1922-1923) auch als terroristische Vereinigung bekämpft und 1936 verboten wurde, trat umgekehrt Sinn Fein in Nordirland hinter den militärischen Arm zurück und blieb bis Mitte der 80er Jahre als Partei mehr oder weniger bedeutungslos.

Der erste ernsthafte Versuch, mit der republikanischen Bewegung einen politischen, also konstitutionellen Weg einzuschlagen, endete in einer folgeschweren Spaltung. Im Jahre 1969,

---

<sup>1</sup> Vgl. Bell, *The Secret Army – the IRA*, S. 31 f.

<sup>2</sup> Im Anglo-Irischen Krieg war die IRA die offizielle Armee auf irischer Seite, die später in der regulären Staatsarmee des Irischen Freistaats und später in der Republik aufging, ausgenommen jene Teile die den Kompromiss für den Friedensschluss mit Großbritannien, die Abspaltung Nordirlands, nicht anerkennen wollten und als IRA weiter existierten; vgl. hierzu Coogan, *The I.R.A.*, S.165 f.

nachdem es erste größere Unruhen aufgrund von Zusammenstößen von Bürgerrechtsbewegungen mit loyalistischen Paramilitärs gegeben hatte, trat der seit Beginn der 60er Jahre schwelende Richtungsstreit über den zukünftigen Kurs der IRA offen zu Tage.<sup>3</sup> Die offizielle Führung in Dublin unter Cathal Goulding hatte ein sozialistisch-marxistisches Programm entwickelt, das auf einer „Dreiphasentheorie“ fußte: Der Umsturz des Systems (nicht nur in Nordirland, sondern auf der ganzen Insel) sollte durch die Vereinigung aller Arbeiter, sowohl katholisch als auch protestantisch, herbeigeführt werden, die in einer anschließenden gemeinsamen Revolution eine neue, vereinigte und sozialistische Volksrepublik schaffen sollten. Dieser Plan initiierte darüber hinaus die Transformation der republikanischen Bewegung weg vom bewaffneten Kampf der IRA hin zu einer nicht konfessionellen, prinzipiell anti-nationalistischen Arbeiterbewegung.<sup>4</sup> Auch das bisherige Grundprinzip der Nichtanerkennung<sup>5</sup> der Parlamente in Dublin, Belfast und London sollte fallengelassen werden, um einen „Marsch durch die Institutionen“ zur Erreichung der Ziele zu ermöglichen.<sup>6</sup> Zunächst tolerierten die Untergebenen, wenn auch mit Widerwillen, die Entscheidungen der IRA-Führungsspitze. Als diese aber ein direktes Eingreifen zugunsten der katholischen Bevölkerung nach vereinzelt schweren Angriffen loyalistischer paramilitärischer Gruppen wie der *Ulster Volunteer Force* (UVF) ablehnte, revoltierten vor allem die nordirischen Verbände, die ja, anders als Goulding und seine Gefolgsleute in Dublin, unmittelbar in die Auseinandersetzungen verwickelt waren.

Nach einer gescheiterten Abstimmung bei der „*Convention*“, einer Art Vollversammlung der IRA in Dublin, und einem misslungenen Putschversuch von republikanischen Fundamentalisten einige Wochen zuvor kam es zum endgültigen Bruch: am 28. Dezember 1969 gründete sich die *Provisional IRA* (Provisorische IRA, kurz: *Provos*). Ein Jahr später, also 1970, erfolgte dieselbe Spaltung bei Sinn Fein: *Provisional Sinn Fein* unterstellte sich fortan den altbewährten Zielen des irischen Befreiungskampfes und akzeptierte die Dominanz der militärischen Ziele der IRA. Der verbliebene „offizielle“ Flügel, *Official Sinn Fein*, versuchte sich mit seinem links-marxistischen Kurs als politische Macht zu etablieren, was in eine Waffenstillstandserklärung der verbliebenen *Official IRA* 1972 mündete.<sup>7</sup> Dennoch verloren beide Flügel zunehmend an Bedeutung und mussten überdies noch eine weitere Spaltung innerhalb der Linksgerichteten hinnehmen: 1974 entstand aus einigen ehemaligen Mitgliedern der Bürgerrechtsbewegung und unzufriedenen Mitgliedern der *Officials* die *Irish Republican Socialist Party* (IRSP). Deren Ziel war es, den Kapitalismus gleichermaßen wie die britische Kolonialmacht zu bekämpfen.<sup>8</sup>

---

<sup>3</sup> Vgl. Cronin, *Irish Nationalism – A History of its Roots and Ideology*, S. 218 f.

<sup>4</sup> Vgl. O’Doherty, *The Trouble with Guns*, S. 34 f.

<sup>5</sup> Laut republikanischem Selbstverständnis war die IRA die einzige legitime Regierung für ganz Irland, da sie sich als direkte Nachfolgerin der ersten Regierung (Dail) der Republik von 1916 verstand. Somit waren die real existierenden Regierungen nicht akzeptierbar.

<sup>6</sup> Vgl. Keogh, Haltzel (Hrsg.), *Northern Ireland and the Politics of Reconciliation*, S.87 f.

<sup>7</sup> Die *Official IRA* durchlief darüber hinaus verschiedene Umbenennungen und existiert seit 1982 als *Worker’s Party*; vgl. McGarry, O’Leary (Hrsg.): *The Future of Northern Ireland*, S. 195 f.

<sup>8</sup> Vgl. Cronin, *Irish Nationalism – A History of its Roots and Ideology*, S. 143 f

Die IRSP trat allerdings bald völlig in den Schatten ihres paramilitärischen Arms, die 1975 ins Leben gerufene *Irish National Liberation Army* (INLA)<sup>9</sup>, die neben zahlreichen anderen terroristischen Aktionen unter anderem Ende 1997 den Anführer der unionistischen *Loyalist Volunteer Force* (LVF)<sup>10</sup>, Billy Wright, im Maze Gefängnis<sup>11</sup> erschoss. Die INLA „emanzipierte“ sich rasch von den sozialistischen Vorstellungen der Mutterpartei und schlug einen rein militaristischen Kurs ein, der allerdings immer im Schatten der *Provisional IRA* blieb. Mitte der 90er Jahre zerrieb sie sich fast bei internen Streitigkeiten und erklärte letztendlich 1998 einen unbefristeten Waffenstillstand.

Mitte der 80er Jahre kam es zu einer letzten Abspaltung: Trotz des Bruchs mit den *Officials* war die Führung der *Provisional IRA* nach wie vor in Dublin verblieben. Die dortigen Mitglieder der republikanischen Bewegung folgten hauptsächlich einer traditionalistischen Ideologie. Sie mussten als „Nicht-Kriegszone“ schließlich keine realitätsgeschuldeten Kompromisse eingehen. Die IRA-Freiwilligen in Nordirland dagegen gingen viel handlungsorientierter vor, mussten sie sich doch mit einem direkten „Feind“, der britischen Armee und den loyalistischen Paramilitärs direkt aussetzen.<sup>12</sup> Nachdem sich unter der Führung Gerry Adams' die politische Öffnung der IRA und mit ihr Sinn Feins abzeichnete, verließ der ehemalige und von Adams 1983 abgelöste Präsident Ruairi O Bradaigh Sinn Fein und gründete 1986 die fundamentalistisch-radikale *Republican Sinn Fein* (RSF), die weiterhin das Ziel der uneingeschränkten Vereinigung Nordirlands mit der Republik vorantreiben will und eine Anerkennung der politischen Institutionen bis zum Erreichen dieses Ziels rigoros ablehnt (der Punkt, an dem es wie bereits 1969 zum Bruch innerhalb der IRA kam). Obwohl an sich bedeutungslos, ist dennoch ihr paramilitärischer Arm, die *Continuity IRA* (CIRA), die einzige Miliz, die bis heute keinen Waffenstillstand ausgerufen hat.

Die einzige Partei auf republikanischer Seite, die über keinen eigenen paramilitärischen Flügel verfügt, ist die gemäßigt nationalistische *Social Democratic And Labour Party* (SDLP). Sie wurde 1970 von Mitgliedern des 1972 aufgelösten Provinzparlaments in Stormont<sup>13</sup> und einigen anderen ehemaligen Mitgliedern verschiedener sozialdemokratischer Parteien (Republican Labour Party, National Democrats, Northern Ireland Labour Party) gegründet und löste die *Nationalist Party* ab, die bis dahin den parlamentarischen Alleinvertretungsanspruch für die republikanische (also

---

<sup>9</sup> Vgl. Oeser, Rademacher (Hrsg.), „Irland Almanach, #1“, S.26

<sup>10</sup> Die LVF spaltete sich 1996 von der *Ulster Volunteer Force* (UVF) ab

<sup>11</sup> Das Maze Prison, früher Long Kesh genannt, war der berüchtigtste Internierungsort für Gefangene aller paramilitärischer Gruppen des Nordirlandkonflikts und wurde 2001 nach der Freilassung aller Insassen im Rahmen der Bestimmungen des Karfreitagsabkommens geschlossen

<sup>12</sup> Vgl. Mair, Peter: *The Changing Irish Party System*, S. 65 f.

<sup>13</sup> Nach den Vorfällen am sog. „Bloody Sunday“ 1972 entzog die Londoner Regierung dem nordirischen Ministerpräsidenten Faulkner die Zuständigkeit des Parlaments in Belfast, das seit dem *Government of Ireland Act 1920* selbstverwaltet war und von Unionisten dominiert wurde und übertrug sie auf den ersten Nordirlandminister, William Whitelaw; vgl. hierzu: McGarry, O'Leary (Hrsg.): *The Future of Northern Ireland*, S. 73 f.

katholische) Bevölkerungsminderheit für sich inne hatte.<sup>14</sup> Ihre Entstehung wurde von beiden Regierungen, sowohl in Dublin als auch in London, unterstützt, erhoffte man sich doch von dieser Partei endlich einen verlässlichen Verhandlungspartner, mit dessen Hilfe eine Lösung des Konflikts auf konstitutionellem Wege möglich sei, obwohl offiziell auch das politische Ziel der SDLP eine Wiedervereinigung Irlands ist, wenngleich diese mit ausschließlich friedlichen Mitteln erreicht werden soll. Hauptanliegen der süd-irischen Seite war es dabei, ein Gegengewicht zur radikalen *Sinn Fein* zu installieren, um so den Konflikt auf dem Territorium Nordirlands eindämmen zu können, „bevor er die Republik erreichte und die dortigen Verhältnisse ebenfalls destabilisierte.“<sup>15</sup> Auch wollte Dublin auf diese Weise Einfluss auf die Gestaltung der politischen Landschaft im Norden nehmen. Tatsächlich war der SDLP-Vorsitzende John Hume der entscheidende Kontaktmann, der 1988 erstmals Gespräche zum *Sinn Fein* – Präsidenten Gerry Adams aufnahm und damit den Friedensprozess einleitete<sup>16</sup>. Bis zum (Wieder-) Erstaken *Sinn Feins* als stärkste politische Kraft auf republikanischer Seite in der momentanen Regierung Nordirlands war die SDLP die beliebteste Partei der republikanischen Bevölkerung bei Wahlen.

#### V. Die große Wende von den 80er Jahren bis 1998 – Zeit für Realismus

Zu Beginn der 80er Jahre geriet die IRA zunehmend in eine Krise: der mit der Abspaltung der *Provos* 1969 begonnene „Lange Krieg“, der durch ständige militärische Provokation der britischen Machthaber zu deren Zermürbung und letztendlichen Aufgabe der Provinz Nordirland führen sollte, forderte zahlreiche Opfer auf beiden Seiten, wobei gleichzeitig die Zustimmung zum bewaffneten Befreiungskampf innerhalb der katholischen Bevölkerung zunehmend abnahm. Neben den vielen zivilen Opfern bei Bombenanschlägen führte dazu auch, dass sich die IRA 1977 einem radikalen Strukturwandel unterzog. Bis 1976 nämlich war die IRA eine hierarchisch aufgeteilte Organisation, eingeteilt in Kompanien, Bataillone und Brigaden, die dem Armeerat unterstanden und geographische Einheiten bildeten, die auf Rückhalt innerhalb der Bevölkerung angewiesen waren<sup>17</sup>. Dies machte es für die britischen Sicherheitskräfte einfach, die Schlagkraft und Handlungsfähigkeit der IRA-Kommandos immer wieder empfindlich zu treffen und ihre Strukturen zu zerschlagen. Um dem entgegenzuwirken, wurde ab 1977 ein Zellen-System eingeführt, die einzelnen Befehlsebenen wurden so weit wie möglich voneinander abgeschottet, die operierenden Einheiten, die sogenannten „Comando Units“, erhielten Spezialausbildungen in verschiedenen Bereichen wie dem Bombenbau oder Guerillataktiken für den Kampf im offenen Gelände. Die IRA wandelte sich insgesamt von einer Art „Guerilla-Volksarmee“ hin zu einer nach

---

<sup>14</sup> Vgl. Mair, Peter: *The Changing Irish Party System*, S. 59 f.

<sup>15</sup> Schulze-Marmeling, Sotscheck, „Der lange Krieg“, S.68

<sup>16</sup> 1998 erhielt John Hume gemeinsam mit David Trimble, dem Vorsitzenden der UUP, den Friedensnobelpreis für ihre intensiven Bemühungen im Friedensprozess in Nordirland

<sup>17</sup> Vgl. Coogan, *The I.R.A.*, S. 110 f.

außen abgeschotteten Geheimorganisation, deren Entscheidungen und Aktionen selbst viele Sympathisanten oftmals nicht mehr nachvollziehen konnten.<sup>18</sup>

Dieser Legimitätsverlust der IRA bewegte Gerry Adams, der Ende der 70er Jahre im Maze-Gefängnis einsaß, zu der tiefgreifenden Erkenntnis, „*dass das Hauptproblem darin bestand, dass der Kampf bis dahin auf den bewaffneten Kampf beschränkt war. Wenn dieser aufhörte, dann gab es keinen Kampf mehr.*“<sup>19</sup> Seine Lösung, die auch Martin McGuinness, der Anführer der Derry-Gruppe, unterstützte, sah die Einbindung der Bevölkerung vor, die wieder für die „irische Sache“ mobilisiert werden sollte. Dies bedeutete eine Politisierung der IRA, die allerdings natürlich nicht selbst als politischer Akteur auftreten konnte. Daher wurde die Partei *Sinn Fein* reaktiviert, die seit der Spaltung Irlands und der Gründung der Republik im Süden keine besondere Relevanz für die Republikaner gehabt hatte.<sup>20</sup>

### Das Anglo-Irish Agreement

1985 verständigten sich die Regierungen von Großbritannien und der Republik Irland in Hillsborough auf das Anglo-Irish Agreement, das die Beziehungen zwischen beiden Staaten auf eine neue Grundlage stellte, die Regierungen in Dublin und London auf eine gemeinsame Linie verpflichtete und dazu beitrug, die SDLP in ihrer politischen Position als nahezu alleinige Vertreterin der katholischen Bevölkerung in Nordirland zu stärken.<sup>21</sup> Dies war nötig geworden, da durch die Reaktivierung *Sinn Feins* und deren Beteiligung an Wahlen mittlerweile eine ernsthafte, aber radikale Konkurrenz auf der politischen Bühne aufgetaucht war. Möglich gemacht wurden die Wahlerfolge des politischen Sprachrohrs der IRA allerdings erst durch die Solidarisierung der Bevölkerung mit den Insassen in Long Kesh, die für die Anerkennung ihres Status als politische Gefangene kämpften, was in einem Hungerstreik gipfelte, in dem insgesamt zehn IRA-Aktivisten starben.

Durch diese Entwicklung sah Großbritannien die Chancen schwinden, eine breite Koalition aus allen moderaten Kräften bilden zu können, mit denen eine friedliche Lösung des Konflikts möglich gewesen wäre. Die Republik Irland wiederum fürchtete, *Sinn Fein* als einzige gesamtirische Partei könnte das Dubliner Parteiengefüge empfindlich stören.<sup>22</sup>

Während Dublin anerkannte, dass die Mehrheit der Menschen in Nordirland keine Änderung des konstitutionellen Status quo, das heißt den Verbleib im Vereinigten Königreich wünschte, gestand London der irischen Regierung eine aktive Rolle in der Politik Nordirlands zu. Vertreter der irischen Regierung sollten im Rahmen einer Ständigen Konferenz über alle die Provinz betreffenden Vorgänge gehört werden: das Entscheidungsrecht verbliebe allerdings bei der

---

<sup>18</sup> Vgl. Bell, *The Secret Army – the IRA*, S. 147 f.

<sup>19</sup> Adams, „*Before the Dawn*“, S. 86

<sup>20</sup> Vgl. Mair, Peter: *The Changing Irish Party System*, S.14 f.

<sup>21</sup> Vgl. Keogh, Haltzel (Hrsg.), *Northern Ireland and the Politics of Reconciliation*, S.189f.

<sup>22</sup> Schulze-Marmeling, Sotscheck, „*Der lange Krieg*“, S.156 f.

britischen Regierung. Die Kompetenzen dieser Konferenz könnten bei Bedarf genauso nach und nach auf eine aus allen relevanten Kräften bestehenden Provinzregierung übertragen werden. Außerdem akzeptierte die britische Regierung offiziell die Rolle Dublins als Vertreter der Interessen der katholischen Minderheit in Nordirland. Beide Regierungen vereinbarten, in einer Vielzahl von Bereichen zusammenzuarbeiten, so in der Bekämpfung des Terrorismus, aber auch bei sozialen und kulturellen Angelegenheiten.<sup>23</sup>

Für die Unionisten in den sechs Grafschaften Nordirlands war das Dokument ein erster Schritt auf dem Weg hin zu einem vereinten Irland und damit inakzeptabel. Die im Vertrag angeblich enthaltene Teilung staatlicher Souveränität zwischen Dublin und London bedeutete für sie die sichere Vereinigung Irlands zu einem späteren Datum. Unionisten organisierten eine leidenschaftliche Kampagne unter dem Motto „Ulster sagt Nein“, während die loyalistischen paramilitärischen Verbände ihre Kampagne intensivierten, die UDA und UVF in den Jahren zuvor fast vollständig eingestellt hatten.

Auch *Sinn Fein* lehnte den Vertrag ab, allerdings mit umgekehrter Begründung: durch die konstitutionelle Garantie würde die Teilung Irlands zementiert<sup>24</sup>. Besonderes Unbehagen bereitete der republikanischen Führung jedoch die beabsichtigte Zusammenarbeit beider Staaten in der Sicherheitspolitik. Dies hätte zur Folge, dass die Republik Irland fortan für in Nordirland gesuchte *Volunteers* keine Rückzugsmöglichkeiten mehr böte. Außerdem war die Bildung einer anglo-irischen Achse sowie die Beteiligung Dublins an der Herrschaft über Nordirland, also eine Zusammenarbeit mit dem „Feind“, einfach inakzeptabel.<sup>25</sup>

Trotz der Gegnerschaft der Republikaner begrüßten die Katholiken in Nordirland das Abkommen mit großer Mehrheit. Die Zufriedenheit mit dem Verhandlungsergebnis schlug sich unmittelbar in steigender Zustimmung für die SDLP nieder, die sich im Januar 1986 bei einer Nachwahl für das britische Parlament in der republikanischen Hochburg Süd-Armagh gegen den Kandidaten *Sinn Feins* durchsetzte. Bei der Unterhauswahl im Juni 1987 konnte Gerry Adams zwar sein Mandat für Westminster im republikanischen Westbelfast verteidigen, aber der Stimmenanteil von *Sinn Fein* sank im Vergleich zur vorherigen Wahl vor vier Jahren um zwei Prozentpunkte auf 11,4 Prozent; die SDLP hingegen, die die bewaffnete Verteidigung der katholischen Viertel und den gewaltsamen Kampf gegen den nordirischen Staat immer abgelehnt hatte, konnte ihren Stimmanteil steigern. Als Resümee lässt sich feststellen, dass sich *Sinn Fein* als politische Kraft etabliert hatte, der Vormarsch der Partei in Nordirland – und damit die politische Strategie der Bewegung – ihr Potenzial damit nahezu ausgeschöpft hatte.<sup>26</sup>

Bei der Parlamentswahl im Süden im Februar 1987 hatte *Sinn Fein* dagegen noch schwerere Stimmenverluste hinzunehmen. Nachdem erst ein Jahr zuvor, auf dem Parteitag 1986, nur mit

---

<sup>23</sup> Vgl. McGarry, O’Leary (Hrsg.): *The Future of Northern Ireland*, S.304 f.

<sup>24</sup> Adams, „Before the Dawn“, S.130

<sup>25</sup> Vgl. Bell, *The Secret Army – the IRA*, S. 178 f.

<sup>26</sup> Vgl. Oeser, Rademacher (Hrsg.), „Irland Almanach, #1“, S.39

großer Überzeugungsarbeit der Führung unter Adams und McGuinness und unter Verlust von *Republican Sinn Fein* die Abkehr vom *Abstentionism*<sup>27</sup> beschlossen hatte, gewannen nun mit unter zwei Prozent der Stimmen nicht einmal einen Sitz. Der andauernde Kampf der IRA, so schien es, blockierte Sinn Feins Aufstieg zur politischen Kraft.

#### 1987: „A Scenario for Peace“

Auf internationaler Ebene gerieten die militanten Republikaner zunehmend in die Isolation. Die finanziell und logistisch wichtige Unterstützung der irisch-amerikanischen Gemeinschaft in den USA, hauptsächlich organisiert in dem Irish Northern Aid Committee (NORAID), die bisher durch Spendensammeln und Lobbyismus, aber auch durch die Beschaffung und das Schmuggeln von Waffen die Bewegung in der „alten Heimat“ unterstützt hatten, ließ merklich nach. Die Waffeneinkäufer hatten zunehmend Mühe, Geld und Material aufzutreiben, das FBI konnte einige erfolgreiche Beschlagnahmungen durchführen. Größere Unterstützung lieferte nur noch das libysche Regime unter Muammar al-Gadaffi, der sich damit für die britische Unterstützung der US-Luftangriffe auf Tripolis und Bengasi im Jahre 1986 rächte. Als im Oktober 1987 eine weitere große Waffenlieferung vor Frankreichs Küste entdeckt und beschlagnahmt wurde, brach auch dieser Versorgungsweg ab. Damit war auch der immer noch innerhalb von IRA-Kreisen hochgehaltene bewaffnete Kampf vor ein ernstes Problem gestellt. Die Kampfkommandos operierten zwar weiterhin mit Granaten, Bomben und Sprengsätzen aus ihren Beständen, eine wirkliche militärische Perspektive auf einen Sieg hatte die Freiwilligenarmee aber nicht mehr.<sup>28</sup>

In dieser Situation veröffentlichte Sinn Fein das „Scenario for Peace“. Dieses im Mai 1987 publizierte Memorandum wiederholte zwar nur bereits bekannte Positionen (wie die Forderung eines Abzugs der Briten innerhalb einer Legislaturperiode), es zeigte aber auch, dass sich Sinn Fein und die IRA wieder mit politischen Ansätzen beschäftigten und die Möglichkeit von Verhandlungen über Friedensgespräche mit der anderen Seite zumindest nicht von vornherein kategorisch ausschlossen.<sup>29</sup>

Als Katalysator für eine entscheidende Annäherung zwischen den beiden Parteien der katholischen Bevölkerung, SDLP und Sinn Fein, diente ein verheerender Anschlag in Enniskillen im November 1987. Während einer Gedenkveranstaltung für die Gefallenen beider Weltkriege detonierte eine Bombe der IRA, die elf protestantische Zivilisten tötete und nationales Entsetzen hervorrief und zu einer grundsätzlichen Verurteilung der Tat von allen Seiten führte. Sinn-Fein-Präsident Gerry Adams erklärte erstmals öffentlich, dass man nun auch über „Formen des unbewaffneten Kampfes“ nachdenken müsse. Dies war ein klares Signal zur

---

<sup>27</sup> Unter Abstentionism versteht man die bis 1986 gültige republikanische Grundsatzdoktrin, Mandate, die mit Sinn Fein errungen wurden, nicht anzutreten, da alle Parlamente, die aus der Spaltung Irlands 1920 (Government of Ireland Act) hervorgegangen sind ebenso wie das britische Parlament als illegitim bewertet wurden; vgl. hierzu Holthusen, *Der Nordirlandkonflikt*, S.202 f.

<sup>28</sup> Vgl. Cronin, *Irish Nationalism – A History of its Roots and Ideology*, S.201 f.

<sup>29</sup> Vgl. Sinn Fein, *A Scenario for Peace*, unter: <http://www.sinnfein.ie/peace/document/53>

Gesprächsbereitschaft der republikanischen Bewegung, und tatsächlich trafen sich bereits zwei Monate nach dem Anschlag John Hume, der Vorsitzende der SDLP, und Adams zu ersten Gesprächen.<sup>30</sup>

Bei den weiteren Verständigungsgesprächen ging es vor allem um die Rolle der Briten bei einer möglichen Konfliktlösung, die entweder einen neutralen Standpunkt als Vermittler einnehmen oder weiterhin eigene Interessen verfolgen konnten, was die Annahme *Sinn Feins* war. Auch die Frage nach einem britischen Truppenabzug warf widersprüchliche Positionen auf.

Diese erste Gesprächsrunde dauerte bis September 1988; die SDLP konnte bei den Kommunalwahlen 1989 dank ihres Kurses einen weiteren Wahlerfolg erzielen und den Vorsprung zu Sinn Fein weiter ausbauen. Die republikanische Seite, vor allem die IRA, misstraute folglich dem Nutzen des politischen Dialogs und weitete ihre Angriffe aus, um so die Strategie von „Kugeln und Stimmzettel“ („bullets and ballots“) fortzusetzen, die auf dem Sinn Fein – Parteitag am 31. Oktober 1981 vom Vorstandsmitglied Danny Morrison in einer Rede manifestiert worden war.<sup>31</sup> Ab Mitte der 80er Jahre erklärte die IRA alle Firmen und Personen, die mit Armee, Polizei oder Staat zusammenarbeiteten, zu „legitimen“ Zielen, was bedeutete, dass nun auch einfache Handwerker von Polizeirevieren zu Kollaborateuren gemacht wurden. Der Einsatz von „menschlichen Bomben“, entführte angebliche Verräter, die mit Autobomben auf Armeeposten geschickt wurden und sich in einigen Fällen nicht mehr vor der Detonation retten konnten, empörte die nordirische Bevölkerung, kostete die angeschlagene Organisation noch mehr Unterstützung und konnte nicht als Druckmittel für Verhandlungen mit der britischen Regierung dienen.<sup>32</sup>

Im Bezug auf die unter Geheimhaltung geführten Gespräche zwischen Hume und Adams waren hingegen Fortschritte zu erkennen. Die SDLP unterrichtete indirekt die irische Regierung, mit der sie engen Kontakt pflegte, von den Inhalten dieser „Privatunterhaltungen“ und danach auch London. Dies ermöglichte es dem Nordirlandminister Peter Brooke, die grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft der britischen Regierung über einen politischen Weg zu signalisieren, ohne in direkten Kontakt mit der als Terrororganisation eingestuften IRA in Verbindung gebracht werden zu können. Im November 1990 ließ Brooke der IRA vorab den Text einer Ansprache zukommen, die er wenige Tage später bei einer Konferenz in London hielt. In dieser betonte er, dass die britische Regierung nurmehr vermitteln wolle und an Nordirland „kein egoistisches oder strategisches oder ökonomisches Interesse“ habe und die „Teilung [Irlands] ein Ausdruck der Wirklichkeit (ist), nicht eine Bestätigung eines nationalen Interesses.“ Damit griff Brooke die republikanische Doktrin, dass Großbritannien aus Eigeninteresse an der Teilung Irlands festhalte, direkt auf und machte deutlich, dass das Eintreten für eine Vereinigung Irlands zwar legitim sei, dass aber eine Veränderung der Verhältnisse von der nordirischen Bevölkerung ausgehen müsse.

---

<sup>30</sup> Vgl. Keogh, Haltzel (Hrsg.), Northern Ireland and the Politics of Reconciliation, S. 223 f.

<sup>31</sup> Vgl. Mair, Peter: The Changing Irish Party System, S. 146 f.

<sup>32</sup> Vgl. Bell, The Secret Army – the IRA, S. 154 f.

Damit implizierte Brooke, dass die Republikaner die unionistische Bevölkerungsmehrheit Nordirlands anerkennen müssten, die von der Bewegung stets als „fünfte Kolonne“ Londons betrachtet und ansonsten ignoriert worden war.<sup>33</sup>

Parallel zu Brookes Bemühungen öffnete John Hume Anfang 1991 einen zweiten Kanal zur IRA. Er wollte das große Interesse auf republikanischer Seite als einmalige Chance nutzen, das Nachdenken über die Ausrichtung der Bewegung in eine bestimmte Bahn zu lenken, weg von der Fixierung auf London, hin zur Notwendigkeit einer friedlichen Übereinkunft zwischen Nationalisten und Unionisten in Nordirland, wobei London als „ehrlicher Makler“ zwischen den Interessen der zwei Bevölkerungsgruppen vermitteln sollte.<sup>34</sup>

#### „Towards a lasting peace“

Nur ein Jahr später machte Sinn Fein den Standpunkt der internen Debatte an der Spitze mit der Verbreitung eines Grundsatzdokuments öffentlich: das mit „*Towards a Lasting Peace*“<sup>35</sup> betitelte Thesenpapier stand in direktem Kontrast zu dem fünf Jahre zuvor verfassten „*Scenario for Peace*“. Die traditionelle Position zur Einheit der irischen Nation blieb zwar bestehen, diesmal aber eingebettet in die Wahrnehmung unionistischer Sorgen und Ängste, wobei die Gewährung von gleichen demokratischen Rechten für Protestanten sich nicht „zu einem Veto über die nationalen Rechte des irischen Volkes als Ganzes“ ausdehnen sollten.<sup>36</sup> Zum ersten Mal verzichtete *Sinn Fein* außerdem auf die Forderung nach einer einseitigen Rückzugserklärung Londons als Bedingung für ein Ende des bewaffneten Kampfs. Allerdings beschränkte sich das Umdenken in Bezug auf die Natur des Konflikts bis dahin fast ausschließlich auf den Führungskreis der Bewegung. Die einfachen Anhänger, allen voran die *Volunteers*, wollten (noch) nicht ganz von ihrem absoluten Ideal eines militärischen Siegs über die Besatzer lassen.<sup>37</sup>

Der Untergang der Sowjetunion stellte den Nordirlandkonflikt auch international in ein anderes Licht. Die USA und die Europäische Union übten ab Anfang der 90er Jahre sanften Druck auf die britische Regierung aus, eine politische Lösung des Konflikts herbeizuführen. Inoffiziell gab es spätestens 1990 die ersten Unterredungen zwischen britischen Unterhändlern und den republikanischen Organisationen, bekannt wurden diese Geheimgespräche erst 1993. Welche Partei zuerst die Initiative zu Gesprächen ergriff, ist unklar, es dürfte auf beiden Seiten ein Interesse bestanden haben, das Terrain für eine Kampfeinstellung ohne Gesichtsverlust zu sondieren. Zeitgleich fand auch ein geheimer Dialog zwischen Dublin und der IRA-Führung statt, in denen eine mögliche punktuelle Zusammenarbeit diskutiert wurde.

---

<sup>33</sup> Vgl. McGarry, O’Leary (Hrsg.): *The Future of Northern Ireland*, S.162 f.

<sup>34</sup> Vgl. Holthusen, *Der Nordirlandkonflikt*, S. 143

<sup>35</sup> Vgl. Sinn Fein, *Towards a Lasting Peace*, unter: <http://www.sinnfein.ie/peace/document/56>

<sup>36</sup> Vgl. Holthusen, *Der Nordirlandkonflikt*, S.154

<sup>37</sup> Vgl. O’Doherty, *The Trouble with Guns*, S. 107 f.

Im April 1992 startete auf Einladung Londons und Dublins die erste offizielle Gesprächsrunde. Teilnehmer waren die großen nordirischen „Volksparteien“ SDLP, Unionist Ulster Party (UUP), Democratic Ulster Party (DUP) und die interkonfessionelle nordirische Alliance Party. Damit saßen zum ersten Mal seit siebenzig Jahren die politischen Hauptakteure an einem Tisch, mit Ausnahme von *Sinn Fein*: als direkte Vertreterin der IRA wurde die Partei ohne einen vorherigen Waffenstillstand ihres paramilitärischen Flügels nicht zugelassen. Das Ziel der Verhandlungen war, mögliche Strukturen und Partizipationsmodelle in Nordirland zu diskutieren, das Verhältnis zwischen den zwei Staatsgebieten auf der irischen Insel zu klären und schließlich die Beziehung zwischen den beiden Regierungen in London und Dublin neu zu definieren.<sup>38</sup>

Dieses Vorhaben scheiterte jedoch an den unvereinbaren Positionen der Teilnehmer. Vor allem auf Seiten der Unionisten war der Wille zu Kompromissen nicht vorhanden, zu ihren Forderungen zählten die Suspendierung des Anglo-Irischen Abkommens, mit dem die Republik Irland ein Mitspracherecht in nordirischen Angelegenheiten zugesichert worden war, und die Tilgung der Artikel 2 und 3 der irischen Verfassung, die eine Wiedervereinigung Irlands und die Zugehörigkeit der sechs Grafschaften im Norden zum Territorium ganz Irlands als Verfassungsgrundsätze festschrieben.<sup>39</sup> Die gemäßigten Nationalisten der SDLP und die irische Regierung hingegen postulierten als Übergangslösung in Richtung vereinigtes Irland eine weit gehende Reform des nordirischen Gemeinwesens, an dessen Verwaltung alle großen Parteien, also auch die katholische Minderheit, beteiligt sein müssten. Außerdem erschien ihnen ein Ausschluss *Sinn Feins* auf Dauer unmöglich – diese war unumgänglich für eine Beendigung des Konflikts, die dauerhaften Frieden garantieren sollte. Dies war für die Unionisten nicht akzeptabel, im November 1992 zogen sie sich demonstrativ aus den Gesprächen zurück und brachten damit den ersten Anlauf zu einem Verhandlungsprozess zu fall.<sup>40</sup>

Auf ihrem Parteitag 1993 signalisierte Sinn Fein daraufhin weitere Kompromissbereitschaft. Martin McGuinness, bis dahin großer Skeptiker der neuen, reformorientierten Parteilinie aber langjähriger treuer Wegbegleiter Gerry Adams', formulierte in einer Grundsatzrede die Bereitschaft zu Offenheit, Flexibilität und „kühner Initiative“. Die alte republikanische Forderung nach einem britischen Abzug tauchte nicht mehr auf. Insgeheim ging Sinn Fein sogar noch einen Schritt weiter. Im gesamten bisherigen Verhandlungsprozess hatten London, Dublin, die SDLP und die unionistischen Parteien die Position vertreten, dass nur eine Mehrheit der nordirischen Bevölkerung konstitutionelle Veränderungen gutheißen müsse. Der irische Republikanismus hatte

---

<sup>38</sup> Vgl. McGarry, O'Leary (Hrsg.): *The Future of Northern Ireland*, S. 267 f.

<sup>39</sup> Vgl. *The Constitution of Ireland - Bunreacht na hÉireann*, unter: <http://www.taoiseach.gov.ie/index.asp?docID=262>

<sup>40</sup> Vgl. Gray, *Ireland. This Century*, S.198 f.

dies mit dem Hinweis auf die Geschichte jedoch immer abgelehnt.<sup>41</sup> Wenn die Republikaner vom Selbstbestimmungsrecht sprachen, wie es ab Ende der 80er Jahre immer häufiger der Fall war, dann gingen sie selbstverständlich von der territorialen Einheit ganz Irlands aus. Für sie hatte die gesamte irische Bevölkerung das Selbstbestimmungsrecht inne, also konnten auch nur alle Iren gemeinsam (die im Norden wie die im Süden) dieses Recht ausüben. Diese Position machte den Kern des traditionalistischen irischen Republikanismus aus. Doch diese Überzeugung ließ *Sinn Fein* zugunsten der Verhandlungsfähigkeit fallen.

Die Vermittlung der neuen Doktrin an die Basis gestaltete sich jedoch als äußerst schwierig, es muss sogar davon ausgegangen werden, dass die Parteispitze die tatsächlichen Entwicklungen und Ergebnisse der geheimen Gespräche mit John Hume bewusst zurückhielt, um keine Widersprüche und offenen Revolten der Basis zu provozieren.<sup>42</sup> Daher kam es auch von 1992 bis 1994 zu Anschlägen der IRA, vor allem in England, die zahlreiche Opfer forderten und zum Teil erhebliche Sachschäden verursachten<sup>43</sup>. Die loyalistischen Paramilitärs antworteten mit Gegengewalt und der Ermordung mehrerer katholischer Zivilisten.

Dennoch gingen die Gespräche zwischen Hume und Adams 1993 in die nächste Runde. Dabei blieb die Frage des Selbstbestimmungsrechts der meistdiskutierte Punkt: falls nur die nordirische Bevölkerung das Recht zur Abstimmung über den konstitutionellen Status Nordirlands erhalten sollte, würde dies eine Mehrheit der protestantischen Bevölkerung bedeuten (das sogenannte „unionistische Veto“).<sup>44</sup>

### Die Downing Street Declaration

Im Dezember 1993 wurden die verbal in den Gesprächen zwischen Adams und Hume ausgehandelten Zugeständnisse von der britischen und irischen Regierung aufgegriffen und der eigene Standpunkt in einer Erklärung zum Ausdruck gebracht. In der sog. Downing-Street-Declaration bekräftigten London und Dublin, dass Großbritannien keine eigennützigen Interessen mehr verfolge und dass eine Veränderung des Status von Nordirland nur mit Zustimmung der Bevölkerungsmehrheit in Frage käme.<sup>45</sup> Die Sinn-Fein-Führung erbat sich daraufhin Bedenkzeit, in der IRA regte sich die Opposition gegen die weit gehenden Zugeständnisse, die von den politischen Gegnern verlangt wurden; der eigene Einfluss der Parteispitze bei der Verfassung der Erklärung war zu diesem Zeitpunkt der Basis nicht bekannt. Nach intensiven Gesprächen und Überzeugungsarbeit konnten Adams und McGuinness ihre Anhänger jedoch auf Kurs bringen, am

---

<sup>41</sup> Vgl. Holthusen, Der Nordirlandkonflikt, S. 160 f.

<sup>42</sup> Vgl. O'Doherty, The Trouble with Guns, S. 126 f.

<sup>43</sup> 1992 wurden in der Londoner City bei einer Sprengstoffdetonation mehrere Banken zerstört, der Schaden belief sich auf über eine Milliarde Pfund

<sup>44</sup> Vgl. Holthusen, Der Nordirlandkonflikt, S. 154

<sup>45</sup> Vgl. Holthusen, Der Nordirlandkonflikt, S. 111

31. August 1994 erklärte die IRA einen Waffenstillstand, den ersten seit 1975. Die loyalistischen Paramilitärs folgten einige Wochen später.<sup>46</sup>

Doch statt nun unverzüglich Verhandlungen mit Sinn Fein aufzunehmen, die ja unter der Bedingung zuvor ausgeschlossen worden waren, dass die IRA zuerst eine Waffenruhe ausrufen müsse, forderte die britische Regierung auf Druck von unionistischen Politikern die endgültige Entwaffnung der IRA und damit deren faktische Kapitulation. Obwohl auf Initiative des amerikanischen Präsidenten ein Ausschuss<sup>47</sup> eine Entwaffnung der Paramilitärs im Vorfeld von Verhandlungen als nicht unbedingt zwingend eingestuft hatte, bestand der britische Premier John Major auf diese Kondition. Dadurch wurden sämtliche weitere Friedensgespräche blockiert.<sup>48</sup>

Die Antwort der IRA auf die politische Stagnation war unmissverständlich: Am 9. Februar 1996 explodierte ein Sprengsatz im Londoner Stadtteil Docklands, bei dem zwei Menschen starben und ein Millionenschaden verursacht wurde und von einem Schreiben der IRA begleitet war, in dem sie ihren Unmut über die ungerechte Behandlung zum Ausdruck brachte. Dennoch änderte dieser neue Gewaltausbruch nichts am prinzipiellen Umdenken der Republikaner. Auf der Tagesordnung stand nicht mehr die Erzwingung eines vereinigten Irlands, sondern die Beteiligung an einem „inkluisiven Abkommen“, d.h. an der politischen Mitgestaltung eines Friedensprozesses durch Sinn Fein und der republikanischen Bewegung. 1996 begannen die lang ersehnten All-Parteiengespräche dennoch ohne eine Waffenruhe der IRA und somit ohne Sinn Fein.<sup>49</sup>

Die politische Blockade löste sich erst im Mai 1997, als die britische Labour Party unter Tony Blair die Unterhauswahl so hoch gewann, dass die neue Regierung nicht mehr auf die Stimmen der unionistischen Abgeordneten angewiesen war. Und auch in der irischen Republik wurde in diesem Jahr die eher probritische Fine Gael Partei von der prorepublikanischen Fianna Fail abgelöst. Die neue britische Regierung ergriff die Initiative und übersandte Martin McGuinness ein Schreiben, indem Sinn Fein eine Teilnahme an Friedensgesprächen auch ohne vorherige abgeschlossene Abrüstung der IRA zugesichert wurde, unter der einzigen Bedingung eines sofortigen neuerlichen Waffenstillstands. Am 20. Juli 1997 gab daraufhin die IRA ihren Friedenwillen bekannt und erklärte den zweiten unbefristeten Waffenstillstand.<sup>50</sup> Damit war der Weg für Verhandlungen unter Einbezug Sinn Feins frei, der in die Verabschiedung des Karfreitagabkommens mündete.

---

<sup>46</sup> Vgl. Guelke, *New Perspectives on the Northern Ireland Conflict*, S. 267

<sup>47</sup> Der Ausschuss wurde vom ehemaligen amerikanischen Senator George Mitchell geleitet und sollte auf einer unabhängigen Basis Vorschläge zur Abrüstung der Waffen erarbeiten, zu denen auch eine Verpflichtung aller Beteiligten zum ausschließlichen Einsatz demokratischer und friedlicher Mittel gehörte

<sup>48</sup> Vgl. O'Doherty, *The Trouble with Guns*, S. 145 f.

<sup>49</sup> Vgl. Mallie; McKittrick, *The Fight for Peace*, S. 265

<sup>50</sup> Vgl. Bell, *IRA. Tactics & Targets*, S. 143

### Das Karfreitagsabkommen

Die Verhandlungen zogen sich bis Ostern 1998 hin und hatten einige Rückschläge zu verkräften; so wurden beide radikale Parteien, sowohl Sinn Fein als auch die UDP, der politischen Arm der UDA (Ulster Defence Association, die größte loyalistische paramilitärische Vereinigung) jeweils für einige Wochen suspendiert, weil sich ihre Anhänger untereinander trotz Waffenruhe blutige Scharmützel lieferten. Auch die radikalen Unionisten der Democratic Unionists von Ian Paisley (DUP) drohten mehrmals mit Abbruch der Verhandlungen, da sie die republikanischen Vertreter *Sinn Feins* unter keinen Umständen als Gesprächspartner akzeptieren wollten<sup>51</sup>. Durch die monatelange Verzögerung bestand zunehmend die Gefahr, dass die Skeptiker eines Friedensprozesses in beiden radikalen Lagern doch noch die Oberhand gewinnen könnten. Daher setzte Mitchell, der der Verhandlungsgruppe vorstand, öffentlich eine Frist bis zum 9. April (dem damaligen Gründonnerstag), an dem die Verhandlungsteilnehmer spätestens ein gemeinsames Dokument präsentieren müssten. Die Frage der Entwaffnung sowie die Freilassung inhaftierter Paramilitärs nahmen dabei die Schlüsselpositionen ein, sie waren vor allem für die republikanische Bewegung der Prüfstein, von dem eine Annahme oder Ablehnung des Abkommens abhing. Nur durch die positive Unterstützung der Gefangenen konnte eine Vereinbarung für die Bewegung insgesamt akzeptabel sein; würden sie, die Hauptleidtragenden des bewaffneten Kampfes, das Abkommen gutheißen, hätte auch das „Fußvolk“ keinen Anspruch an Kritik an einem möglichen Kompromiss mehr.<sup>52</sup> Ein weiteres Argument ist, dass allein die Existenz von Gefangenen einen Grund dafür lieferte, die paramilitärische Organisation aufrechtzuerhalten, wollte man nicht als Verräter an den eigenen Anhängern dastehen und damit weitere Gewalt provozieren. Unterfüttert wurden die Forderungen in der Gefangenenfrage durch die Tatsache, dass die Zahl der in Nordirland, Irland und England inhaftierten Volunteers (einige hundert) deutlich die Zahl der tatsächlich aktiven Mitglieder der IRA überstieg (ca. 250)<sup>53</sup>. Auch die Loyalisten verlangten eine Freilassung ihrer Gefangenen als Bedingung für die Beilegung des Konflikts. Bei der Entwaffnungsfrage wurde lediglich festgelegt, dass diese bei allen Paramilitärs innerhalb von zwei Jahren abgewickelt werden müsse, ein genaues Datum für den Beginn wurde allerdings nicht festgelegt.

Am Morgen des 10. April 1998 unterzeichneten die Delegationen von zehn Parteien und zwei Regierungen schließlich das Karfreitagsabkommen. Es wurde von allen Seiten als ein historischer Meilenstein begrüßt, mit dem die blutige Geschichte Nordirlands ein für alle mal überwunden sein sollte.

---

<sup>51</sup> Vgl. Mallie; McKittrick, *The Fight for Peace*, S.276

<sup>52</sup> Vgl. O'Doherty, „The Trouble with Guns“, S.130

<sup>53</sup> Vgl. Bell, *IRA. Tactics & Targets*, S. 165

Das Vertragswerk<sup>54</sup> konzipierte inhaltlich im entscheidenden konstitutionellen Teil neue Strukturen auf drei Ebenen. Auf der untersten (nordirischen) Ebene erhielt Nordirland erstmals seit 1972 wieder eine begrenzte Selbstverwaltung, die die Bildung eines Regionalparlaments und einer Regionalregierung vorsah mit Kompetenzen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Landwirtschaft, Wirtschaftsentwicklung, Umwelt und Finanzen. Die Zusammensetzung der Exekutive wird durch ein Proporzsystem vom Regionalparlament gewählt, die eine gleichmäßige Vertretung aller relevanten Parteien garantiert. Die meisten Entscheidungen des Parlaments erfordern einen „parallelen Konsens“, d.h. die Mehrheit in beiden Lagern (jeweils mindestens 40%). Diese Regel verhindert eine Majorisierung der Minderheit. Ähnlich wie im gescheiterten Sunningdale-Abkommen von 1974 bereits vorgeschlagen, bilden die Regierungen in Belfast und Dublin auf der zweiten (gesamtirischen) Ebene in sechs zu vereinbarenden Sachgebieten gesamtirische Nord-Süd-Behörden, die den beiden Parlamenten nachgeordnet sind. Im Gegenzug strich die Republik Irland den Gebietsanspruch auf Nordirland aus ihrer Verfassung. Als dritte, britisch-irische Ebene wurde außerdem ein „Rat der Inseln“ ins Leben gerufen, in dem Vertreter der Provinzparlamente in Schottland, Wales und Nordirland sowie der britischen und irischen Regierung Sitz und Stimme haben, um gemeinsame Belange zu beraten. Ferner vereinbarten die Vertragsparteien die Einsetzung einer unabhängigen Kommission, die mittels weitreichender Befugnisse eine faire Gleichberechtigung von Katholiken und Protestanten gewährleisten sollte, wozu auch die Entfernung von Symbolen unionistischer Dominanz im öffentlichen Dienst zählt. Vor allem aber sah das Abkommen eine Neustrukturierung der Royal Ulster Constabulary (RUC) vor, die unter anderem zum Ziel hatte, den Anteil von Protestanten von über 90 Prozent auf ein faires Maß zu senken. Schließlich regelte der Vertrag die vorzeitige Entlassung der Gefangenen der Paramilitärs sowie die Entwaffnung der Untergrundorganisationen innerhalb von zwei Jahren, wie bereits erwähnt. Parallel hierzu sollte die britische Armee nach und nach zurückgezogen sowie die Sicherheitsmaßnahmen der Polizei auf Friedensniveau reduziert werden, was im Juli 2007 mit der „Operation Banner“ abgeschlossen wurde. In der komplizierten Frage des Selbstbestimmungsrechts, d.h. des konstitutionellen Status Nordirlands, hält sich das Abkommen weitgehend an die in der Downing-Street-Deklaration von 1993 getroffenen Formulierungen. Der Vertrag erkennt an, dass „die Menschen der Insel Irland alleine“ das Recht haben, eine Vereinigung herbeizuführen, diese jedoch von der Zustimmung einer Mehrheit der Bevölkerung in Nordirland abhängt.

Bei dem Referendum am 22. Mai in Nordirland stimmten schließlich mehr als 71 Prozent der Wähler in Nordirland mit Ja; dabei betrug die Zustimmung im katholischen Lager 96 Prozent im Vergleich zu 55 Prozent bei den Protestanten. Parallel hierzu bestätigten die Wähler der Republik Irland mit einer Mehrheit von 94 Prozent die Verfassungsänderung mit dem Verzicht auf Gebietsansprüche. Insgesamt erreichte das Abkommen sowohl in Nordirland als auch in der

---

<sup>54</sup> Vgl. Holthusen, Der Nordirlandkonflikt, S.91-93; S.111

Republik Irland eine deutliche Mehrheit. Es festigte die Position von David Trimble, dem Parteichef der UUP, der einige Kritik für seine Friedensbemühungen aus den eigenen Reihen hatte hinnehmen müssen, und bestätigte den politischen Kurs von Gerry Adams, war dies doch die erste gesamt-irische Abstimmung seit 1921 gewesen.<sup>55</sup>

## VI. Allgemeine Erläuterungen und Erklärungsmuster zum Werdegang der IRA

### Selbstverständnis der IRA

Ganz am Anfang soll die Rolle der IRA bzw. ihr Selbstverständnis geklärt werden. Handelt es sich bei ihr um eine Volksbefreiungsbewegung im Stile des African National Congress (ANC), verkörpert sie eine nationalistisch gefärbte RAF, oder sind die militanten Iren doch ein Produkt einer historischen Entwicklung? Die IRA selbst sah sich gern als der bewaffnete Anwalt eines geknechteten Volks, als eine Art nationale Befreiungsarmee und damit in gewisser Weise als nordirisches Pendant zum ANC.<sup>56</sup> Der grundsätzliche Unterschied zwischen Nordirland und Südafrika erklärt sich allerdings – abgesehen von dem zweifellos ganz unterschiedlichen Grad der Unterdrückung bei den Schwarzen Südafrikas und den Katholiken Nordirlands – durch die Arithmetik. Während der ANC mit absolutem Recht behaupten konnte, für die Interessen der Bevölkerungsmehrheit zu sprechen<sup>57</sup>, so repräsentierte die IRA doch immer nur eine Minderheit. Für *Sinn Féin*, den politischen Flügel der paramilitärischen Organisation, votierte bei den Wahlen in Nordirland niemals mehr als ein Drittel der Katholiken, um die 15 Prozent der Provinzbevölkerung insgesamt; in der Republik Irland hatte der bewaffnete Kampf noch weit weniger Anhänger. Zu keinem Zeitpunkt der Unruhen hatten die Republikaner also das Mandat der Menschen, in deren Namen sie vorgeblich kämpften. Eine Befreiungsarmee ist die IRA deshalb sicher nicht. Zumindest auf offizieller, also staatlicher Seite war die Lage klar. Christoph Holthusen konstatiert: *„Bis zum Friedensprozess bestand an der Einordnung der IRA als terroristische Vereinigung kein Zweifel, unabhängig davon, welcher Definition man sich anschließt. Sie übte Gewalt (...) mit politischem Hintergrund aus; (...).“*<sup>58</sup>

Und doch hatte die Strategie anderer „Befreiungsbewegungen“ ganz erheblichen Einfluss auf die Ausrichtung der IRA – nicht etwa weil Nordirland tatsächlich mit ehemaligen Koloniestaaten des britischen Empire, wie z.B. Rhodesien oder Kenia vergleichbar gewesen wäre, sondern weil die republikanische Führungsschicht daran glaubte. Gerry Adams, der Anfang der 80er nicht nur zum obersten Führungszirkel des Armeerats, der Führung der IRA, gehörte, sondern seit 1983 auch Präsident von *Sinn Féin* ist und die politische Ausrichtung seiner Organisation maßgeblich

---

<sup>55</sup> Vgl. Mallie; McKittrick, *The Fight for Peace*, S.305 f.

<sup>56</sup> Vgl. Holthusen, *Der Nordirlandkonflikt*, S. 207

<sup>57</sup> Holthusen, *Der Nordirlandkonflikt*, S. 207

<sup>58</sup> Holthusen, *Der Nordirlandkonflikt*, S.203.

vorangetrieben hat, beschäftigte sich Mitte der 70er Jahre während seiner Haftstrafe im nordirischen Gefängnis Long Kesh mit dem Studium kolonialer Verhältnisse weltweit. Das Kolonial-Paradigma eignet sich zwar zum Verständnis der republikanischen Strategie, aber reicht für eine Erklärung des Konflikts insgesamt nicht aus. Allerdings erachteten die Republikaner den bewaffneten Kampf auch deshalb als unverzichtbar, weil – so Adams Mitte der 80er Jahre – „*die Geschichte des kolonialen Engagements Großbritanniens lehrt (...), dass die britische Regierung durch nichts anderes zu bewegen sein wird.*“<sup>59</sup> Aus dieser Überzeugung resultierte der Kardinalfehler der republikanischen Bewegung: die Fixierung auf London und, damit verbunden, das Ignorieren der protestantischen Bevölkerungsmehrheit. Eine eigenständige kulturelle Identität gestand Sinn Fein den Unionisten lange Zeit nicht zu – in den Augen der Republikaner kam ihnen die Rolle von Siedler-Kolonnen zu, deren Loyalität zu Großbritannien durch materielle Privilegien und Machtzusicherung erkaufte war.<sup>60</sup>

Ein weiterer Ansatz zur Erklärung der plötzlichen Gesprächsbereitschaft der Republikaner zu Beginn der 90er Jahre bezieht die damaligen Entwicklungen in Südafrika oder im Nahen Osten, also in anderen Minderheiten-Konfliktherden, mit ein. Demnach beobachteten führende Republikaner mit großer Aufmerksamkeit die Entwicklungen in Südafrika oder im Nahen Osten. Dass der Palästinenserführer Jassir Arafat von der Aussöhnung mit Israelis sprach, dass Nelson Mandela als Präsident des ANC trotz gewonnener Wahl seine ehemaligen politischen Gegner an der Regierung beteiligte, brachte die Republikaner dazu, traditionelle Positionen zu überdenken.<sup>61</sup> Plötzlich war in Dokumenten Sinn Feins von Versöhnung die Rede, von einer Lösung zwischen „irischem Nationalismus und irischem Unionismus“.

#### Die republikanische Bewegung zwischen Sozialismus und Nationalismus

Das Verhältnis der irischen Republikaner zum Sozialismus war eher diffus. Dies verdeutlicht eine vielzitierte Anekdote des Historikers Tim Pat Coogan. Danach habe Stalin Mitte der 20er Jahre eine IRA-Delegation empfangen, die um Unterstützung für eine neue Kampagne bitten wollte<sup>62</sup>. Auf seine Eingangsfrage: „*How many bishops did you hang?*“, antworteten die IRA-Delegierten mit „*None*“, worauf Stalin erwiderte, „*Ah you people are not serious at all.*“<sup>63</sup>

Von welcher Bedeutung also war der Sozialismus für die Entwicklung der Bewegung? Gibt es möglicherweise sogar Parallelen mit der RAF der 70er Jahre in Deutschland? Diese Frage ist zu verneinen. Wenn irische Republikaner von Klassenkampf und Kapitalismus sprachen, dann meinten sie damit meist England. Die drei Begriffe Kapitalismus, Imperialismus und Großbritannien lassen sich in vielen Erklärungen der IRA nahezu beliebig miteinander

---

<sup>59</sup> Adams, *Before the Dawn*, S.126

<sup>60</sup> Vgl. Schmitt, *The Irony of Irish Democracy*, S. 65 f.

<sup>61</sup> Vgl. Guelke, *New Perspectives on the Northern Ireland Conflict*, S.76 ff.

<sup>62</sup> 1923 hatte der irische Bürgerkrieg geendet; die Gegner eines irischen Freistaates innerhalb der IRA hatten verloren und wurden fortan als Guerillaorganisation von der neuen irischen Regierung bekämpft.

<sup>63</sup> Coogan, *The I.R.A.*, S. 96

austauschen. Damit liegt die Vermutung nahe, dass der irisch-republikanische Sozialismus vor allem nationalistisch motiviert war. Insgesamt waren die Anhänger der republikanischen Bewegung konservativ und katholisch geprägt, was den Kampf für eine kommunistische Volksrepublik absurd machte. Nationalismus und Sozialismus vermischten sich in einem Teil der Ideologie der IRA vielmehr zu einem romantisch verklärten Ideal einer irisch-keltischen Stammesgemeinschaft.<sup>64</sup> So heißt es im Grünen Buch, das als Handbuch zur Unterweisung der Volunteers der IRA diente: „[Die republikanische Bewegung] ist gegen ökonomische politische Machtblöcke in Ost und West (...). Sie steht in Solidarität zu ihren keltischen Brüdern, zu anderen unterdrückten [wortwörtlich: untertänigen] Völkern Europas und zu den neutralen und unabhängigen Völkern der Dritten Welt.“<sup>65</sup>

Den puritanischen Eifer, die Traditions- und Geschichtslosigkeit kontinental-sozialistischer Untergrundbewegungen, die sich ausschließlich an marxistischen Theorien ausrichteten, so wie die RAF in Deutschland, lehnte die IRA stets ab – ihrem Verständnis zufolge hatte der Kampf gegen den Imperialismus ja gerade den Zweck, irische Kultur, Sprache, Tradition und Staatlichkeit zu konservieren, statt diese Wurzeln zu kappen und sie durch einen – wie auch immer gearteten – neuen Menschen zu ersetzen<sup>66</sup>.

Im Spannungsfeld zwischen Nationalismus und Sozialismus obsiegte stets die nationale Komponente. Die Spaltung der Bewegung 1969/70 lässt sich durchaus in diesen Konflikt einordnen. Nach 1970 waren die Republikaner einige Jahre gänzlich ohne politische Ausrichtung, zumindest was die *Provisional IRA* betraf, die mit ihren militärischen Auseinandersetzungen mit den britischen Sicherheitskräften mehr als genug beschäftigt war: „Freiheit zuerst“ war das Credo der IRA.<sup>67</sup> Erst ab 1983 mit Gerry Adams an der Spitze der Republikaner fanden sozialistische Vorstellungen wieder Eingang in die offizielle Doktrin. Die Linken innerhalb der republikanischen Bewegung mussten sich jedoch auch jetzt der Notwendigkeit unterordnen, die rechts-nationalistische „Flanke“ zu bedienen. Während beim Werben um Solidaritätskomitees in Westeuropa linke Statements immer gut ankamen, erwarteten die amerikanischen Exil-Iren bzw. die irischstämmige amerikanische Bevölkerung, die in der Organisation NORAIID<sup>68</sup> ihre Solidarität zur Heimat der Vorfahren ausübten, klare rechts-nationale Ansagen. „*Ein vereintes Irland – gälisch und frei*“ lautet der Slogan von NORAIID.<sup>69</sup>

Allerdings weist die Entstehung der Unruhen in Nordirland durchaus Parallelen mit dem Erstaken anderer Protestbewegungen in Westeuropa und Amerika auf. Die Bürgerrechtsbewegung in Nordirland nahm sich die Kampagne der Schwarzen im Süden der USA zum Vorbild; auch

---

<sup>64</sup> Vgl. Cronin, *Irish Nationalism – A History of its Roots and Ideology*, S.65 f.

<sup>65</sup> Vgl. „The Green Book“, Absatz 12, unter: <http://www.residentgroups.fsnet.co.uk/greenbook.htm>

<sup>66</sup> Vgl. Holthusen, *Der Nordirlandkonflikt*, S.200 ff.

<sup>67</sup> Vgl. Cronin, *Irish Nationalism – A History of its Roots and Ideology*, S.192 ff.

<sup>68</sup> Irish Northern Aid Committee, 1969 nach dem Ausbruch der „Troubles“ gegründete Spendenorganisation; gilt als wichtigste finanzielle und logistische Unterstützerin der IRA u.a. bei der Beschaffung von Waffen

<sup>69</sup> Vgl. <http://cain.ulst.ac.uk/othelem/organ/iorgan.htm#noraid>

Adams gibt an, dass ihn die Auflehnung der Schwarzen inspiriert habe.<sup>70</sup> Insofern hat die Situation in Nordirland mit anderen Staaten immerhin den Ausgangspunkt, nämlich die Einforderung von mehr Rechten für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe, gemein; die weitere Entwicklung aber unterscheidet sich in fundamentaler Weise: Je stärker republikanische Elemente die Bürgerrechtsbewegung durchdrangen, desto mehr rückten die Forderungen der *Northern Ireland Civil Rights Association* (NICRA) in den Hintergrund. Dabei waren bei den verschiedenen Gruppen, die nicht nur für Gleichberechtigung der katholischen Minderheit, sondern für allgemein mehr Toleranz zwischen den Bevölkerungsgruppen einstanden, am Anfang auch Protestanten vertreten: „Als die Bürgerrechtsbewegung *Civil Rights Association* (CRA) 1966 gegründet wurde, bestand sie (...) aus Vertretern aller politischen Parteien, einschließlich der Unionisten (die später ausschieden).“<sup>71</sup> Stattdessen nutzten die republikanischen Protagonisten die – besonders auch internationale – Sympathie für die Anliegen der Bürgerrechtler dafür, ihre eigene, viel ältere Agenda in den Vordergrund zu stellen. Im Schatten der gewaltsamen Auseinandersetzungen des Jahres 1969, an deren Eskalation die Mitglieder aller Paramilitärs einen nicht geringen Anteil hatten, behaupteten sie, dass eine Reformierung des nordirischen Systems unmöglich sei: erst wenn Nordirland aufhöre zu existieren, sei eine Gleichberechtigung vorstellbar. Der Forderungskatalog der Bürgerrechtler, die anstatt eines Umsturzes ursprünglich nur Demokratisierung und ein Ende der unionistischen Diskriminierung gewollt hatten, wurde so zum Vehikel für die nationalen Bestrebungen der Republikaner. Damit hauchte die NICRA ironischerweise dem am Boden liegenden Republikanismus neues Leben ein, der sich sonst früher oder später wahrscheinlich an sich und seinem britischen Gegner selbst zerrieben hätte.<sup>72</sup>

#### Das „Phänomen“ der permanenten Wiederauferstehung

Eine andere zentrale Frage ist: woher nahm die IRA die Kraft, sich trotz ständiger Rückschläge immer wieder neu zu organisieren und den bewaffneten Kampf über Generationen hinweg fortzusetzen? Die republikanische Geschichte selbst ist hierbei wohl der Schlüssel zur Antwort, nämlich die Geschichte einer Bewegung, die immer nur auf das Scheitern der vorangegangenen Generation antwortete, deren Isolation symptomatisch wurde für einen Konflikt, in dem das Vermächtnis der Toten überhöht und dominante Kraft über die Lebenden wurde. Das bedeutet, dass die Geschichte des irischen Republikanismus über weite Strecken deckungsgleich mit der Geschichte des irischen Unabhängigkeitskampfes ist. Sie reicht vom „ersten Republikaner“ Wolfe Tone Ende des 18. Jahrhunderts über die Intellektuellen von *Young Ireland*<sup>73</sup> und die *Fenians*<sup>74</sup> bis

---

<sup>70</sup> Vgl. Adams, *Before the Dawn*, S. 198

<sup>71</sup> Devlin, *Irland: Religionskrieg oder Klassenkampf?*, S.103

<sup>72</sup> Cronin, *Irish Nationalism*, S. 192 ff.

<sup>73</sup> *Young Ireland* war eine politische, kulturelle und soziale Bewegung, die in den 1840ern gegründet worden war und den irischen Nationalismus als eine politische Macht in der irischen Gesellschaft revolutionieren wollte, vgl. hierzu: *Encyclopaedia Britannica*, unter: <http://www.britannica.com/eb/article-9078068/Young-Ireland>

hin zum Osteraufstand von 1916, dem Dreh- und Angelpunkt republikanischer Geschichtsschreibung.<sup>75</sup> Mit Gründung des irischen Staates fünf Jahre später endete der gemeinsame Verlauf irischer und republikanischer Geschichte allerdings abrupt. Während die meisten Iren den Kompromiss des irischen Unabhängigkeitskriegs von 1921 – die Unabhängigkeit von nur 26 statt 32 Grafschaften – akzeptierten, definierten die Republikaner damals ihre Rolle als „Hüter des heiligen Grals“, als einzig wahre Kämpfer für das Ideal einer einigen und freien irischen Republik, für das die Aufständischen 1916 ihr Leben geopfert hatten.<sup>76</sup> Die fortschreitende Realität, die historischen und politischen Veränderung in der Weltgeschichte, wurde hingegen von der republikanische Bewegung weitestgehend missachtet; dass die Unterstützung innerhalb der irischen Bevölkerung für den republikanischen Kampf über die Jahrzehnte schwand, war für die Republikaner ohne Belang. Die IRA hatte eine historische Mission zu erfüllen – es ging darum, die „Flamme“ republikanischer Auflehnung von einer Generation an die nächste weiterzureichen.<sup>77</sup>

Alle Versuche jedoch, einen Umsturz herbeizuführen, verlängerten letztlich nur die Liste der im Namen des republikanischen Mythos Gefallenen. Dies hatte einen simplen Grund: der militärische Kampf, die teils spektakulären Anschläge hielt zwar die „irische Sache“, den Wunsch nach Entlassung aus britischer Herrschaft, auf der politischen Agenda der Regierenden in London; allerdings verhinderte er gleichzeitig jede Möglichkeit zum Erreichen der republikanischen Ziele. Denn selbst wenn Großbritannien sich aus Nordirland hätte zurückziehen wollen (und diese Absicht bestand durchaus), wurde das durch die IRA unmöglich, schließlich kann sich kein Staat dem Druck von Terroristen beugen.<sup>78</sup> Der Überzeugung, dass der Kampf für eine irische Nation im Sinne des Osteraufstands von 1916 die patriotische Pflicht eines jeden Republikaners sei, tat dies allerdings keinen Abbruch, da mit der Entlohnung für das Blutopfer irgendwann zu rechnen sei. Ende der 60er Jahre schien der Moment gekommen, auf den alle Republikaner seit dem „Verrat“ von 1921<sup>79</sup> gewartet hatten. Doch bereits 1975 war die republikanische Bewegung wieder in einer Sackgasse angelangt und es schien, als hätte eine weitere Generation von Republikanern für eine „unsichtbare Republik“ mit dem Leben bezahlt.

Im Unterschied zu vorangegangenen Kampagnen vergruben die *Volunteers* ihre Waffen diesmal jedoch nicht. Stattdessen übergab die alte Führung den Stab nahtlos – wenn auch unter Ressentiments – an eine neue Generation von Republikanern, allen voran Gerry Adams und Martin McGuinness. Adams erkannte, dass die Republikaner ihre politische Basis verbreitern

---

<sup>74</sup> Die Fenians waren ursprünglich eine Gruppe republikanischer Rebellen in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts; er wird aber auch als Ausdruck für Republikaner allgemein verwendet. Vgl. Beckett, Geschichte Irlands, S. 48 f.

<sup>75</sup> Vgl. Cronin, Irish Nationalism, S. 66f.

<sup>76</sup> Vgl. Coogan, The I.R.A., S. 16ff.

<sup>77</sup> Vgl. O'Brien, A Pocket History of the IRA, S. 37ff.

<sup>78</sup> Vgl. Keogh, Haltzel (Hrsg.), Northern Ireland and the Politics of Reconciliation, S. 116

<sup>79</sup> Damit ist die Teilung Irlands gemeint, die im Friedensvertrag von 1921 als Friedensbedingung auch von irischer Seite festgelegt wurde, vgl. dazu Gray, Ireland. This Century, S.140f.

müssten, um effektiv zu sein; das aber bedeutete den Anfang vom Ende der traditionellen Doktrin, das Ende der – so Adams – „Tradition der physischen Gewalt in Irland“<sup>80</sup>.

Die Republikaner mussten lernen, dass es außerhalb republikanischer Zirkel schlichtweg irrelevant war, dass die Bewegung in direkter Nachfolge des Zweiten Dails stand und dass nur noch sie selbst daran glaubten, sie würden die einzig legitime Regierung Irlands repräsentieren.<sup>81</sup> Um die Unterstützung der katholischen Bevölkerung zu gewinnen, musste sich die Bewegung öffnen und ihre Abschottung aufgeben, die sie sich aufgrund der zunehmend erfolgreicherer Bekämpfung durch die britischen Sicherheitskräfte hatte zulegen müssen. John Whyte meint dazu: “(...) *the [IRA] campaign has been counterproductive, (...). It embitters unionists. It alienates moderate nationalists, who feel that a united Ireland brought about by such means would not be worth having.*”<sup>82</sup>

Diese Erkenntnis, dass die republikanische Bewegung jahrzehntelang vor allem sich selbst vertreten hatte, nicht aber – wie beinahe gebetsmühlenartig wiederholt – die irische Nation, ahnten Adams und die IRA-Führungsriege die ihn umgab bereits in den 80er Jahren. Auch hatte Adams lange vor dem tragischen Anschlag in Enniskillen von 1987 begriffen, dass unter diesen Vorzeichen der bewaffnete Kampf nicht mehr zu rechtfertigen war. Die Voraussetzung für ein endgültiges Ablassen vom bewaffneten Kampf war jedoch (paradoxe Weise) seine Fortsetzung. Nur so gelang es Adams, das Schicksal seiner kommunistischen Vorgänger von der *Official IRA* abzuwenden: die Abspaltung eines fundamentalistischen Flügels und damit die Rückkehr zur alten Gewaltspirale von Aktion und Gegenaktion.<sup>83</sup>

Schrittweise ordneten die Republikaner den bewaffneten Kampf ihrer politischen Strategie unter und reduzierten ihn schließlich auf die Rolle eines taktischen Mittels, das in Verhandlungen als Faustpfand benutzt wurde, um dem eigenen Standpunkt Nachdruck zu verleihen. Mit dem Abschluss der vollständigen Entwaffnung 2005 wurde auch diese Option letztendlich freiwillig zugunsten eines dauerhaften Friedens aufgegeben.<sup>84</sup> Die republikanische Bewegung ist nach einem langen Weg in den „Parlamenten des Establishments“ (so Adams’ traditionalistischer Gegenspieler O’Bradaigh<sup>85</sup>) angekommen. Gerry Adams als federführende Leitfigur in seiner Rolle als Präsident von *Sinn Féin* stellt damit in gewisser Weise den Totengräber des irischen Republikanismus traditioneller Prägung dar – einer statischen, auf sich selbst fixierten Ideologie, die vor allem auf den Tod der eigenen Patrioten reagierte, niemals aber auf die gesellschaftliche Wirklichkeit. Jedenfalls kann man von der IRA mit einiger Rechtfertigung in der Vergangenheit

---

<sup>80</sup> Vgl. The Guardian, A Moment in History, unter:

<http://www.guardian.co.uk/politics/2008/mar/17/northernireland.peaceprocess>

<sup>81</sup> Vgl. Cronin, Irish Nationalism, S. 197 ff., und O’Brien, A Pocket History of the IRA, S.50 f.

<sup>82</sup> Whyte, in: Keogh, Haltzel (Hrsg.), Northern Ireland and the Politics of Reconciliation, S. 113

<sup>83</sup> Vgl. McGarry, O’Leary (Hrsg.): The Future of Northern Ireland, S. 193 ff.; nicht berücksichtigt ist hier die *Continuity IRA*, die allerdings nie das Ausmaß der *Provos* erreichte

<sup>84</sup> Vgl. Northern Ireland Office, Decommissioning, unter: <http://www.nio.gov.uk/index/key-issues/decommissioning.htm>

<sup>85</sup> Vgl. O’Bradaigh, No National Parliament, unter:

<http://homepage.eircom.net/~seanabc/2002/mar02/saoirse.htm>

sprechen, auch wenn die Organisation (anders als die RAF seit 1998) nach wie vor formal weiterbesteht.

Sinn Fein spricht heute von der „*Republican Community*“, der republikanischen Gemeinschaft, die die Partei in Stormont, dem Sitz des nordirischen Regionalparlaments und in den Parlamenten von Dublin und London repräsentiert.<sup>86</sup> Dass die Republikaner sich nicht mehr ausdrücklich auf die „irische Nation“ beziehen, zeigt überdeutlich, dass die Bewegung begriffen hat, für wen sie in Nordirland tatsächlich spricht: für ein Drittel der katholischen Bevölkerung und lässt auch ihre Etablierung als eine Partei erkennen, die sich selbst ein massenkompatibles Profil als moderne Volkspartei gegeben hat und nicht nur auf ihre Verbindung mit der IRA reduziert werden will.<sup>87</sup> Alle Befürchtungen, dass die Befriedung und Integration unzufriedener traditionalistischer Hardliner innerhalb von IRA und Sinn Fein misslingen könnte und es zu einem ähnlich fatalen Bruch mit gewalttätigen Folgen wie im Jahre 1969 kommen könnte, haben sich nicht bestätigt, obwohl einige Unverbesserliche mit Hilfe der Continuity IRA eine militärische Option am Leben erhalten wollen. Zum Glück hat dies bisher keine allzu ernsten Konsequenzen gehabt, die Bevölkerung unterstützt solche Denkansätze zum allergrößten Teil nicht. Damit kann wohl endgültig das längste und blutigste Kapitel in der Geschichte des irischen Unabhängigkeitskampfes geschlossen werden. Es obliegt nun den parlamentarischen Institutionen, auch in Zukunft dafür zu sorgen, die radikalen Kräfte in der Gesellschaft zufriedenstellend einzubinden, um eine erneute Eskalation ein für alle mal zu vermeiden.

---

<sup>86</sup> Vgl. Sinn Fein homepage, unter: <http://www.sinnfein.ie/policies/>

<sup>87</sup> Vgl. Sinn Fein homepage, manifestos, unter: <http://www.sinnfein.ie/policies/manifestos>

## Literaturverzeichnis

- Adams, Gerry: Before the Dawn. An Autobiography, London 1997.
- Beckett, James C.: Geschichte Irlands, Stuttgart 1997.
- Bell, Bowyer J.: IRA. Tactics and Targets, Dublin 1997.
- Bell, Bowyer J.: The Secret Army – the IRA, Dublin 1989.
- Coogan, Tim Pat: The I.R.A., Pall Mall Press, London 1970.
- Cronin, Sean: Irish Nationalism – A History of its Roots and Ideology, Continuum, New York 1981.
- Devlin, Bernadette: Irland: Religionskrieg oder Klassenkampf?, Rowohlt, Hamburg 1969.
- Holthusen, Christoph: Der Nordirlandkonflikt. Geschichte, zentrale Aspekte und Lösungsmodelle unter völkerrechtlicher Betrachtung. Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main 2005.
- Gray, Tony: Ireland. This Century, London 1994.
- Guelke, Adrian (Hg.): New Perspectives on the Northern Ireland Conflict, Adlershot 1994.
- Keogh, Dermot; Haltzel, Michael H. (Hg.): Northern Ireland and the Politics of Reconciliation, Washington DC 1994.
- Mair, Peter: The Changing Irish Party System. Organisation, Ideology and Electoral Competition, Frances Pinter, London 1987.
- Mallie, Eamonn; McKittrick, David: The Fight for Peace. The Inside Story of the Irish Peace Prozess, London 1997.
- McGarry, John; O’Leary, Brendan (Hg.): The Future of Northern Ireland, Clarendon Press, Oxford 1990.
- O’Doherty, Malachi: The Trouble with Guns. Republican Strategy and the Provisional IRA, Belfast 1998.
- Oeser, H.-Chr.; Rademacher, Jörg W. (Hg.): Irland Almanach #1. Krieg und Frieden in Irland, Münster 1999.
- Schmitt, David E.: The Irony of Irish Democracy, Lexington Books, 1973.
- Schulze-Marmeling, Dietrich; Sotscheck, Ralf: Der lange Krieg. Macht und Menschen in Nordirland, Göttingen 1989.

## Internetquellen

- <http://www.sinnfein.ie/policies/manifestos>, vom 23.4.08
- <http://www.sinnfein.ie/policies/>, vom 23.4.08
- The Guardian, A Moment in History, unter:  
<http://www.guardian.co.uk/politics/2008/mar/17/northernireland.peaceprocess>, vom 20.4.08
- O’Bradaigh, No National Parliament, unter:  
<http://homepage.eircom.net/~seanabc/2002/mar02/saoirse.htm>, vom 20.4.08
- Definition Young Ireland: Encyclopaedia Britannica, unter:  
<http://www.britannica.com/eb/article-9078068/Young-Ireland>, vom 27.4.08
- <http://cain.ulst.ac.uk/othelem/organ/iorgan.htm#noraid>, vom 27.4.08
- „The Green Book“, Absatz 12, unter: <http://www.residentgroups.fsnet.co.uk/greenbook.htm>, vom 13.4.08
- The Constitution of Ireland - Bunreacht na hÉireann, unter:  
<http://www.taoiseach.gov.ie/index.asp?docID=262>, 29.4.08
- Sinn Fein, Towards a Lasting Peace, unter: <http://www.sinnfein.ie/peace/document/56>, vom 12.3.08
- Sinn Fein, A Scenario for Peace, unter: <http://www.sinnfein.ie/peace/document/53>, vom 13.4.08